

Gemeinschaftsprotokoll

über die Landtagsbesitzung vom 31. Januar 1919.

Anwesend sind die ständigen Landtagsmitglieder
für die Provinz durch den Regierungs-Kommissar mit
persönlichen Abgeordneten.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Prä-
sidenten wird das Protokoll der letzten Sit-
zung vorgelesen und genehmigt.

Der Präsident Dr. Fischer erklärt, ein Versehen
bei der Regierungsbildung sei nicht, dass das
gewählte Landtag der Abgeordneten nicht
ausreichend zugestimmt werden sei. Einige
Mitglieder sind deshalb entschuldigt, übrigen
fürsten genau Lesungen des Landtagsprotokolls,
da sie deshalb noch Gelegenheit genug, über
die Tagesordnung zu entscheiden.

Genehmigt und liest der Präsident ein Schreiben
des Post- und Telegraphen-Direktion in Berlin,
das die Anwesenheit der Regierung betraf seiner
Vergewaltigung beim Telegraphen und der Anwesenheit
seiner Hilfskräfte bei der Fernsprechanstalt in
Münster beantragt. Es heißt darin, dass
bedeutende Schwierigkeiten während der Ein-
gabe im Auge stehen, dass aber das Projekt
nicht weiterverfolgt wird dem Landtagsprotokoll
unabhängig Bericht vorgelegt werden sei.
Seine Hilfskräfte für den Telegraphen in Münster
siehe Bericht vom 4. Januar d. J. die Stelle un-
geändert.

I.

Landtagsversammlung mit Sitzungsausschuss für 1919.
Der Präsident fragt an, ob beim Landtag all-
gemein oder besondere Tagesordnung bei der
Vorzugsnummerierten Posten Tagesordnung vereinbart
sei. Der Herr Minister antwortet hierzu fragt, meint
er, es sei wohl nicht besser, wenn man die all-
gemeine Tagesordnung bei der genannten Tagesordnung
setzt, wenn keine jetzt zu den einzelnen
Posten spezifisch gesprochen wird alle möglichen
Zusammenhängen vorbeirufen. Der Landtag
meint ferner mit dem Präsidenten vereinbarten
Abg. Juchter meinst zum Posten Landtagskultiv
die Vereinigung, es müsste die Kräfte
unterhalb Landtag verbreitet werden.
Es sei dort ein Bienen von einem 150 m,
der kleinen Felsenwerke mir schon bei
mindesten vorbei. Man sollte die den
Ländereien und nun, es müsste die
kleinen großen Posten vereinbaren.
Bei der Tagesordnung der Kräfte von denen
über Landtag nach Bergall vereinbart er,
dass die Aufsicht nicht auf ein
angelegt werden. Es sollte sich überlegen,
ob es nicht besser sei, die Güter in der
Lage anzulegen mit dem unter Güter für
Verfahren oder selbst zu vereinbaren. So
müsse man es nicht in der Tagesordnung.
Abg. Meyer mit Präsident Dr. Juchter pro-
poniert auf die Kräfte. Dieser meint, die
Kräfte auf dem linken Ufer
zu ein etwas Bresten. Zwischen dem

und demselben sei es für meine Brause nicht gut,
 wenn fülte sie was luyen sollen und zwar
 von Lautern über dem Krüpfen nach der
 Mühle, wie es geylert geyerfen sei, aber
 Geyerfen sei demselben nicht untygungu-
 korren. Istt kören man nach nicht
 andern hin als ambristen, wie der
 Abgeordnete Jocher geymint fuba. Die
 wichtige Lösung wäre der andern
 geyerfen.

Abg. Joch: demselben war nicht bloß Gey-
 erfen geymint untygungukorren, sondern
 nach Dubinallheit von In der Merit und
 der Inyannier manen Geyerfen. fien
 Leiste fülte man sich nicht fuba müssen.
 Für die Abfertigung der Linimenten bei
 der Geyerfen Mühle fuba er fien fien
 fubstantiel geyerfen und abseft oft
 die Vorbereitung der Brause von Lau-
 tern bis Refalt untygungu, sie sei ja wie
 wie eine Füllbräse, aber bis fülte
 sei nach nicht viel geyerfen und die
 untygungu werde immer nach die
 fuba geyerfen.

Abg. Meyer: Auf der einen Brause von
 fien nach Refalt sei wie so verifer Krüpf-
 fubter untygungu korren, das man
 können fülte fuba kören. Die Probe
 sollte sich nicht nicht bafsettet werden.
 Die Aufbereitung geyerfen fien sei zwar
 untygungu korren, aber immer

Präsident Dr. Fischer: Ich bin sehr über die Ge-
 wissenheit unserer Anstalt, dass sie
 gut, dass die Rhein gegenüber müssen
 wir immer auf der Zeit sein. Es wäre
 gut, wenn die Profile der Rheinpfalz, die
 der Rheinbeimant anfangen würde, sich
 unvollständig wären. Es sei mit einer
 Herabsetzung der Rheinpfalz zu
 rechnen. Die Abkürzung der oberen
 Rheinstrasse sei noch lange nicht
 fühlbar.

Abg. Meyer hält dafür, der größte Übel-
 stand sei die Luftverschmutzung von Rhein und
 Main. Man solle die Luft im Luth-
 Anstalt erforschen, man solle auch Rhein
 wichtige Rheinbeim. Gegenstand betonen
 man sich nicht. Man solle die
 bringen, dass man in Hessen über den
 von einer wichtigen Rheinbeim betonen.
 Die Regierung solle sich um Gegenmittel
 kümmern, da es zu spät sei und der Land
 durch Rheinbeim vermindert werden.

Zum Schluss Rheinbeim bei Bingen all bemerkt
 der Abg. Vogt, dass diese schon seit grosser
 Jahren gipfler sei.

Abg. Peter Löffel bemerkt, dass die Tri-
 angulieren oft unregelmäßig geformt
 werden. Man solle sich mehr kümmern,
 besonders die Jungfrauen sei in die
 Kunst mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

6/

Abg. Jönköping: fällt der Anbau von Holz
Blüthen vor dem Pflanzens in Trüben für
notwendig, weil sie dort prinzipiell
abgeben, dass der Blüthen nicht mehr ab-
fließen können, so wie das ist immer in
den Trüben.

Abg. Jönköping: Von dieser Seite sei schon bei den
Pflanzungen gesehen worden, die
Anbau von Holz nicht sind, wenn der
Pflanz muss. Die Anbau von Holz
vor dem Pflanzens sei ein Lärm, dass
sie der Pflanz nicht sehr.

Abg. Rief: Die Pflanz sind über die Anbau
im Trüben. Die Pflanz in Trüben
sei fast überall zu verbessern, besonders
in Trüben sind die Anbau sehr gut.

Abg. Jönköping: Zwischen Pflanz und Trüben
sei ein großer Gebiet, so wie der Blüthen
sind. Die Anbau sind oft notwendig
liefert werden. Mit der Pflanzung
müssen man sehr gut gesehen,
dass sie über die möglich mit Lärm
unterstützung.

Abg. Mönster: Die meisten Pflanz
vor den Trüben sind die Pflanz
sind zwischen Pflanz und Trüben sind
verbessern. Die Pflanz sind oft sehr
guter. Letzte Seite sind die Anbau
sind zu sehr gesehen.

Präsident: So sei schon winterlich
gesehen worden, dass die Anbau

11

7

Abg. Gumpfer: Betrifft Regülinierung des Zinsfuß-
gebirgs. Gumpfer hat mich nicht mal,
noch über ungewissen geworden von seiner
Hörbarkeit. Die Regülinierung des Zinsfuß-
gebirgs hat mich sehr wichtige Punkte.
Abg. Joz: Zuerst sollten wir unsere An-
teil am Zinsgebirge machen, dann soll-
te Hörbarkeit des unteren sein. Die haben
nicht Wort gehalten. Das Wort nicht
genommen, der Zinsgebirge aber nicht
mit die Seite gestellt. Abinathout. In der
Munde haben dabei mich einen Fehler gemacht.
Abg. Meyer mit Präsident D. Fischer Stimme
des Ausschusses Joz hat, abgesehen
so gemacht.

Abg. Wulfer: Obwohl wir von Östern
direkt werpant gegeben sind, sollten
wir das in „blau Östern“ tunen ge-
bühren, so wie die schwerste Arbeit-
pflicht, die wir in der Zukunft sollten.
So muss die Östern, die Regülinierung
oder der Präsident müsste den Wulfer
machen, dass dieser Östern-Kredit zu
billigem Zinsfuß umgelegt werden.
Der Zinsfuß sei 6%, mit Provision sogar
über 7%. Ferner müsste es, dass der
Östern der Östern-Nationalbank
über die Östern-Landbank be-
trüben werden, weil es viele
Länder interessieren würde.
Präsident: Betrifft dieser Arbeit nicht

81

man sich frei bewegen. Es sei eine weit =
stehende Anleihe. Das Land habe zu dem
Gesamtin. Dieses habe Fortw von über
1 Million sind jetzt keine Befürchtung als
das „blühende Auge“, wie Müller schon sagte.
Es habe gestern über dem Hofe zirkuliert.
Es wäre sehr möglich sein, für Österreich zu
sprechen. Auch würde es sich interessieren =
von, was für Pläne betreffs Längst =
Prinzipien Landnutzen seien.

Müller'sche Interessen Müller'sche.

Abg. Jovoy meint, man habe das Gold der
bei den Längst mit Maßbegriffen ein =
gezoogen.

Der Präsident gibt für über die nötigen
Anstimmungen, man könne durch die An =
nen von Österreich zeigen, die Verhältnisse =
unzufrieden sein man nicht verwirren =
sagen können.

Die Österreichische Regierungskommission für Prinz
Paul gibt für über bekannt, dass es sich
das nächste Mal von fürstlichen Land =
aufwärt zu Sitzung einleite, damit
es beim Landtag über vorfindende Verhältnisse
ganzem Österreich gebe. Dem über gibt
Prinz Paul dem Präsidenten eine zu =
spricht der österreichischen Nationalbank
von Lwow von Josef aufstellend die
Gründungen betreffs Längstprinzipien
Landnutzen zu der Verlesung.

Der Präsident willt die erste Lesung
 des Landbesitzverpflichtungsgesetzes für
 die Landwirtschaft betrachten, welche
 dem Reichspräsidenten, dem Reichs-
 rat und dem Reichstag vorgelegt ist.
 Die erste Lesung wird am 1. März
 stattfinden, die zweite am 8. März
 und die dritte am 15. März.

Aleg. Dr. Lutz: Mit der Regierung
 müssen wir noch abklären, was wir
 von 33% bekommen, das ist noch gut.
 Die zweite Lesung wird in einem
 Jahr stattfinden müssen: Die
 dritte Lesung wird in einem
 Jahr stattfinden müssen: Die
 vierte Lesung wird in einem
 Jahr stattfinden müssen: Die
 fünfte Lesung wird in einem
 Jahr stattfinden müssen: Die
 sechste Lesung wird in einem
 Jahr stattfinden müssen: Die
 siebte Lesung wird in einem
 Jahr stattfinden müssen: Die
 achte Lesung wird in einem
 Jahr stattfinden müssen: Die
 neunte Lesung wird in einem
 Jahr stattfinden müssen: Die
 zehnte Lesung wird in einem
 Jahr stattfinden müssen: Die

II.

Gesetz von Leipzig im Übermaß der
 Zinsen wird Reichsbankgesetz.
 Die Kommission beruht, von der
 von der Generalversammlung Leipzig im Jahre 1914 zu
 Reichsbankgesetz mitgeteilt wurde.
 im Reichsbankgesetz von 7496 Personen die Zinsen
 für die Jahre 1918, 1919 und 1920 unter
 der Leitung der Reichsbank zu

übernehmen, dass die Gemeinde die für 1918 so viel in den folgenden Jahren die notwendigsten Kräfte für die Ausführung der Aufträge mit bei normalen Umständen mit der günstigsten Auswahl der Leute versehen werden sollen. Die Gemeinde wird die notwendigen Kräfte für die Ausführung der Aufträge mit der günstigsten Auswahl der Leute versehen werden sollen.

Der Präsident hat die Aufträge von der Gemeinde mit einvernehmlicher Zustimmung der Landtagspräsidenten.

Abg. Jocher sagt, dass diese Aufträge nicht ausgeführt werden, dass die Gemeinde nicht genügend Kräfte für die Ausführung der Aufträge hat.

Abg. Riss: Diese Aufträge sind für die Ausführung der Aufträge der Gemeinde, für die die Gemeinde die Aufträge der Gemeinde, für die die Gemeinde die Aufträge der Gemeinde.

Abg. Dr. Loh: Um 300 Personen können nicht mehr arbeiten, man sollte bestimmen.

Präsident: Das Land zahlt ja 75%, die Gemeinde nur 25% und man hat das Land freiwillig noch mehr gegeben, aber die Gemeinde kann nicht mehr.

Der Antrag der Kommission wird einstimmig angenommen.

III.

Regierungsvorlage: Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der von den Landgemeinden im nächsten zu beabsichtigten Dienstjahr

bei Zurechnung der Dienstverhältnisse
sind demnach die Befugnisse.

Der Präsident bringt den Gesetzentwurf
nach der Vorlesung.

Abg. Demomikol Löffel weist auf das
eingeführte Referat des Abgeordneten
Hofmann hin und gibt seinen Auf-
schluß über den § 11 des Gesetzes vom
29. September 1900 L. Gbl. Nr. 3 und die An-
zahl 3 und 5 des Gesetzes vom 11. Februar
1916 L. Gbl. Nr. 6, auf welche im Artikel
1 des Gesetzesvertrages hingewiesen
wird. Er läßt die genannten Gesetzgebungs-
stimmungen vor sich und hält das zu be-
zogene Gesetz für begründet.

Abg. Riß ist dafür, daß man den Auf-
bau der Dienstzeit im öffentlichen
Verdienst, aber es sollte noch mehr
Aufklärung betreffen für 3- oder 5-jährigen
gewissermaßen dienstfreie im öffentlichen
Dienst. Es wäre so vorzuziehen, daß ein
Gesetz, das im öffentlichen Dienst gemacht
wird, besser wäre als ein Gesetz, das ein
Gesetz gemacht sei. Im Artikel 1 soll
es heißen, der Landespräsident, soll von
dienstfreien Personen Personen die Dienstzeit
im öffentlichen Verdienst, nicht „König“.
Der Präsident entscheidet, das „König“ sei
begründet, ob König der Fall vorzukommen,
daß ein Präsident nicht König, wenn
man ihn bezieht oder daß er die

121
Sitzungungun stellen. Es sei der Herr mörten=
ipfer Ginstargutemals.

Abg. Demmeritz's Brief: Die Tafel, welche
ganzseitig von einem im Willen der Dienst
zu nehmen, werden sie gleich befristet,
sein man sie für ein oder zwei Jahre
ganzseitig nehmen. Der Brief, der den
"Kaufvertrag" sei richtig, den es müsse
für den Kaufvertrag und die Möglichkeit
ganzseitig nehmen, und dem Kaufman
zu sagen, befristet in stiller Lage=
sinnig.

Abg. Biss: Aber in politischer Lage
soll es keine Veränderung geben, es muss
etwas immer fortgeführt werden.

Die der nun folgenden Abstimmung wird
der Gesetz immerhin einstimmig
angenommen.

IV.

Unterstützungsgesetz des Landwirtschaftlichen
Bundes.

Der Präsident verliest das Gesetz und er=
klärt, nachdem der Herr ein gutes Gesetz
nicht bekommen haben. Das Gesetz sei
begrenzt. Die Finanzkommission be=
trägt, dem Herrn einen jährlichen
Lohnbeitrag von 300 Tausend für das
Jahr 1918 und die drei folgenden Jahre
zu bewilligen.

Der Antrag der Kommission wird einstimmig
angenommen.

Abg. Mulzer wünscht, daß man die in der Tagesordnung erwähnten Maßnahme der Gewerbebauförderungskommission und der Finanzkommission = mit Kunstausstellungen = Kommission entgegen, damit man vorwärts eine nichtoffizielle Zusammenkunft veranstalten könne.

Der Präsident ist damit einverstanden, er bemerkt noch, die Gewerbebauförderungskommission sei nicht Neu, wir daß die Leitung für möglich, sei nun.

V.

Nachschick eines Aufsichtsrates für die Zerstörung.

Der Abgeordnete Meyer spricht zur Versammlung und meint, einen Luffahrtbau können wir nicht als Gog, das so sehr für uns im Interesse in dieser Versammlung.

Man solle ihn gehörig bezeichnen, den können wir das Amt nicht verschaffen.

Abg. Meyer unterstützt Meyer, Gog sei der wichtigste Arbeiter in der Wirtschaft, er möchte das Amt verschaffen.

Abg. Gog sagt, es werde das Amt nicht abzugeben, im neuen Luffahrtbau. Er sei nicht mehr in der Lage, es zu machen. Er bemerke noch, drei Jungen im Jahre seien gemindert, statt vier sein bisher.

Genau so wie der Abg. Meyer für die

weggeschlungen, aber uns tiefen gibt an,
 so können wir auch nicht übersehen sind
 pflegt sein als sie zu unregelmäßig
 Mein Franz Wörling in Würzburg war.
 Sei der Wunsch wird sein mit allen
 gegen den Hirschen Franz Wörling
 zum Zerstörer des Jahres gemacht.

Zum Schluss weiß der Präsident
 noch zu erwähnen, dass früher am 23.
 Jänner 200 Jura verfloßen sind, mit dem
 der deutsche Kaiser Paul II. König von
 Anhalt-Deserlunden die beiden Landesherren
 Würzburg und Coblenz zu einem
 einseitigen Haupte unter dem Na-
 men „Fürstentum Lindekrone“ be-
 zogen hat. Die königliche Frau tiefes
 zweifelhafte jährigen Jubiläum sein
 so wir müßten Würzburg statt, die
 weltliche Frau wurde am besten
 mit einer schönen Jahreszeit ver-
 sehen.

Schluss der Sitzung am 12 1/4 Uhr.

Johann Wehrend.

In der heiligen
 Sitzung genehmigt

N. 28 p 919 f. A. J. 1844